

Antrag 2025/II/Arb/2

Jusos Hamburg

Keine Ausweitung der Arbeitszeit – Arbeitszeitschutz verteidigen!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur anschließenden Weiterleitung an den SPD
2 Bundesparteitag, sowie zur Kenntnisnahme an den Landesvorstand der SPD Hamburg, be-
3 schließen:

4 1. Die SPD lehnt jede Umstellung der täglichen Höchstarbeitszeit auf eine wöchentliche Höchst-
5 arbeitszeit ab. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mit-
6 glieder des Kabinetts werden aufgefordert, entsprechende Gesetzesänderungen nicht zu un-
7 terstützen. 2. Die Funktionär*innen und Mandatsträger*innen der SPD werden aufgefordert,
8 sich in der von der CDU angestoßenen Debatte um Mehrarbeit entschieden gegen jede po-
9 litische Maßnahme zu stellen, die eine Ausweitung oder Flexibilisierung der Arbeitszeit oder
10 sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen darstellt.

11

12

13

14

15

16

17

18 **Begründung**

19 Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung“ – mit
20 diesem Slogan begründete Robert Owen eine der ältesten und zentralsten Forderungen der
21 Arbeiter*innenbewegung. 1869 wurde der Achtstundentag von der Sozialdemokratie erstmalig
22 gefordert und schließlich 1918 durchgesetzt.

23 Heute ist klarer denn je: Lange Arbeitszeiten wirken sich negativ auf die physische und psychi-
24 sche Gesundheit aus. Die Wahrscheinlichkeiten für HerzKreislauf- und Stoffwechselerkrankun-
25 gen steigen, genauso wie das Burnout-Risiko oder die Anzahl krankheitsbedingter Fehltag. Al-
26 lein das Fehler- und Unfallrisiko steigt nach 8 Stunden am Tag exponentiell an, ebenso spürbar
27 sinkt die Produktivität bereits nach über 8 und besonders nach über 10 Stunden. Solche Belas-
28 tungen wären weder für Arbeitnehmer*innen noch für unser Gesundheitssystem sinnvoll.

29 Trotzdem lancieren Bundeskanzler Friedrich Merz und weitere CDU-Funktionäre seit Wochen
30 einen breiten Angriff auf den Achtstundentag. Dass es dabei um etwas anderes geht als die

31 Flexibilisierung zum Vorteil der Arbeitnehmer, sondern schlicht um die Schaffung des rechtli-
32 chen Rahmens für die Verpflichtung von 45 Millionen Erwerbstätigen zu mehr Arbeit unter für
33 sie ungünstigen, für die Unternehmen profitableren Bedingungen, wird durch die parallel dazu
34 aus der Union begonnene Debatte um die volkswirtschaftsschädliche Work-Life-Balance und
35 die vermeintlich generell schlechte Arbeitsmoral der Deutschen deutlich. Tatsächlich ermög-
36 licht das Arbeitszeitgesetz bereits heute eine tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Stunden, die
37 im Verlauf von 6 Monaten allerdings ausgeglichen werden muss. Das soll nicht reichen? Wofür
38 eigentlich soll in Zukunft mehr gearbeitet werden?

39 Seit 1991 ist die Arbeitsproduktivität pro Stunde in Deutschland um 40% gestiegen. Die Real-
40 löhne stiegen in der gleichen Zeit um 13%. Der Löwenanteil der gestiegenen Wertschöpfung
41 wurde von einigen Spitzenverdiener*innen (Managergehälter stiegen in den letzten 5 Jahren
42 um den 56-fachen Wert der Reallöhne) und den milliardenschweren Großaktionär*innen der
43 maßgeblichen Unternehmen einbehalten. 55% der Vermögenszuwächse seit 2012 landeten bei
44 den reichsten 1%.

45 Währenddessen befürchten 61 % der Bundesbürger*innen an Überlastung zu erkranken, jede*r
46 Fünfte stuft die Gefahr, an Burnout zu erkranken, als hoch ein. 2023 stieg die Zahl der tatsäch-
47 lich an Burnout Erkrankten um 20 % gegenüber dem Vorjahr, als Gründe wurden insbesondere
48 Termindruck und Überstunden genannt.

49 Besonders prekär Beschäftigte – ob im Handel, in der Paketzustellung oder Gastronomie – sind
50 auf den gesetzlichen Schutz durch § 3 ArbZG angewiesen. In Betrieben ohne Tarifvertrag oder
51 betriebliche Mitbestimmung sind diese gesetzlichen Regelungen oft der einzige Schutz für Ar-
52 beitnehmer*innen. Bei einer Aufweichung würden sie diesen Schutz verlieren.

53 Prekäre Beschäftigung, ungesunde Arbeitsverhältnisse und daneben immer mehr Reichtum für
54 einige Wenige: Das alles braucht niemanden zu wundern. Zweck kapitalistischen Wirtschaft-
55 tens ist nicht das Wohlergehen aller, sondern Gewinnmaximierung für Wenige. Mittel dafür
56 ist die Arbeit der Arbeitenden. In der Konkurrenz der Unternehmen setzt sich durch, wer mehr,
57 besser oder billiger produziert als die Konkurrenz. Bevorzugtes Mittel dafür ist die Produktivi-
58 tätssteigerung durch technologischen Fortschritt, die sich bei den Beschäftigten durch Inten-
59 sivierung und Verdichtung der Arbeitszeit bemerkbar macht: Wer für das Meeting nicht mehr
60 ins Büro fahren muss, sondern über Zoom teilnimmt, spart dadurch Zeit, in der andere Arbeit
61 geleistet werden kann und in der Folge auch muss. Sobald aber die Produktivitätssteigerungen
62 nicht mehr ausreichen, um in der Konkurrenz zu bestehen, wird auf schlichte Ausdehnung des
63 Arbeitstages abgestellt. Das erleben wir jetzt.

64 Für uns als Sozialdemokrat*innen geht es dabei nicht nur darum eine der symbolreichsten
65 und wichtigsten Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung zu verteidigen, sondern auch
66 prekär Beschäftigte vor weiteren gesundheitlichen Risiken und noch härterer Ausbeutung zu
67 schützen. Gelingen kann uns das nur kollektiv. Will die SPD eine Partei sein, welche die Inter-
68 essen der arbeitenden Bevölkerung glaubwürdig vertritt, muss sie dieses Kollektiv werden und

69 sich der angestrebten Arbeitszeitverlängerung und -flexibilisierung entschieden entgegenstel-
70 len!